

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 25-26

Artikel: Überbleibsel aus dem kalten Krieg (IV). Russischer Rückzug aus Deutschland
Autor: Schlomann, F.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092823>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Überbleibsel aus dem kalten Krieg (IV)

Russischer Rückzug aus Deutschland

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung schlossen Bonn und Moskau am 12.10.1990 einen «Vertrag über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmässigen Abzugs vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland» (AVV). Sein Artikel IV Absatz 1 besagt: «Der Abzug der sowjetischen Truppen beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages und wird etappenweise spätestens bis zum Ende des Jahres 1994 beendet.»

Vereinbart wurde im Vertrag, dass die UdSSR die Kosten für den befristeten Aufenthalt ihrer Truppen in Deutschland trägt, es aber eine deutsche Unterstützung von 12 Mrd DM sowie einen zinslosen Kredit von 3 Mrd DM gibt. Von dem ersten Betrag ist ein Viertel für einen Überleitungsfonds vorgesehen, eine weitere Milliarde für die Transportkosten und 200 Mio DM für die Finanzierung eines Umschulungsprogramms. 7,8 Mrd DM dienen dem Bau von 36 000

Milliardenbeträge für Unterstützung und Stundung der Schulden in Milliardenhöhe.

Wohnungen und dem Aufbau von vier Hausbaukombinaten.

Grosszügige Zahlungen durch Bonn

Am 16.12.1992 unterzeichneten Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Boris Jelzin im Kreml eine Grundsatzklärung, wonach die russischen Truppen bereits bis zum 31. August 1994 aus Deutschland abgezogen werden sollen. Im Gegenzug stellte Bonn weitere 500 Mio DM zum Wohnungsbau für die in ihre Heimat zurückkehrenden Soldaten zur Verfügung; ebenso wurde Russland eine zinslose Stundung deutscher Forderungen in Höhe von 17,6 Mrd DM bis zum Jahr 2000 gewährt. Bonn verzichtete zudem auf eine Wiedergutmachung der ökologischen Schäden durch die sowjetischen Truppen, während Moskau den Wert der von seinen Streitkräften zurückgelassenen Gebäude und Einrichtungen nicht in Rechnung stellen wird.

Mit Pauken und Trompeten verabschiedete Sowjettruppen (Foto: Keystone).

Die Sowjetunion hatte in den letzten Jahren in der DDR 19 Heeres- und 5 Luftwaffendivisionen stationiert. Im Oktober 1990 befanden sich in den jetzigen neuen Bundesländern 546 000 Angehörige und Zivilangestellte der sowjetischen Streitkräfte, davon 337 000 Offiziere und Mannschaften. Sie waren ausgerüstet mit 1238 Flugzeugen und Helikoptern, 3578 Artilleriegeschützen mit unterschiedlichen Kalibern, 12 064 Panzern (davon 3120 Kampfpanzer, zumeist vom Typ 64 und Typ 72) — nach sowjetischen Quellen hingegen waren es Zehntausende Panzer sowie 677 000 Tonnen Munition. Zu den Liegenschaften gehörten 15 Truppenübungs-, 120 Standortübungs- und militärische Einrichtungen. Das entsprach rund 2,25 Prozent der DDR-Fläche oder etwa der Grösse des Saarlandes.

Bis Ende 1992 wurden nach Mitteilung Bonner Regierungskreise rund 330 000 Russen abgezogen, von denen allerdings nur 147 000 eigentliche Militärangehörige waren. Mitte September 1993 waren nach deutscher Einschätzung 75 Prozent der einst in der DDR stationierten russischen Soldaten in ihre Heimat zurückgezogen; es befanden sich im Ostteil Deutschlands noch knapp 49 730 Offiziere und Soldaten und rund 46 400 Zivilisten. Die Zahl der noch vorhandenen Kampf- und Schützenpanzer belief sich auf etwa 1350, diejenige der Artilleriegeschütze auf etwa 480; an Kampfflugzeugen dürften heute weniger als 70 und an Helikoptern noch etwas über 80 stationiert sein. Von den in russischen Depots gelagerten Munitionsmengen von anfangs 677 000 Tonnen wurden bis zum gleichen Zeitpunkt schätzungsweise 540 000 Tonnen zurückgeführt.

Während der ersten Zeit erfolgte der Abzug mit rund 80 Prozent des Materials und etwa 70 Prozent der Ausrüstung per Schiff von Rostock und Wismar nach St. Petersburg sowie mit Eisenbahngüterfahnen von Mukran (auf der Ostseite Rügens) nach Klaupede (Memel). Den Rest führte die russische Armeeführung auf dem Schienenweg durch Polen und das Material seit Ende



Fortsetzung Seite 18

1991 auch durch die ČSFR zurück. Im Sommer dieses Jahres wurde der Abzug zur Hälfte über die Häfen Rostock und Mukran abgewickelt, während neuerdings die Fährenverbindung nicht mehr ausgelastet zu sein scheint — möglicherweise, um Querelen mit Litauen zu vermeiden. Bei den deutschen Stellen gibt es keinerlei Zweifel, dass Moskau — allerdings bei unveränderten politischen Machtverhältnissen — den Termin des vollständigen Abzugs bis zum 31. 8. 1994 einhalten wird.

Überwintern in Zelten

Ein grosses Problem stellt hingegen der Wohnungsbau für diese Truppen in Russland, in der Ukraine und in Weissrussland dar. Nach russischer Darstellung haben über 50 000 ihrer Offiziere und Fähnriche — eine andere Version spricht von 30 000 — keine Wohnung. «Für viele der Abziehenden ist die Situation so, dass sie ihre Hoffnung nur auf die Gnade Gottes setzen können», behaupten russische Massenmedien.

Die aus Deutschland heimkehrenden Militärangehörigen benötigten 36 000 Wohnungen. Von diesen von der Bundesrepublik zu finanzierenden Unterkünften seien bisher lediglich 8500 gebaut worden, und der Grossteil werde zudem nicht vor dem Jahreswechsel 1993/94 bezugsfertig sein — im Sommer 1993 seien immerhin Bauaufträge für 33 400 dieser Wohnungen in 32 Standorten erteilt worden. Auf deutscher Seite wird hingegen von etwa 34 500 vergebenen und rund 11 000 bezugsfertigen Wohnungen gesprochen.

Die Ursache ist hierfür einmal in dem Auseinanderbrechen der UdSSR zu sehen, als dessen weitere Folge die neuen Standorte geändert werden mussten; zunächst nämlich sollte über die Hälfte der Unterkünfte in der Ukraine gebaut werden, was sich dann nach der Souveränitätserklärung in Kiew änderte und die Bürokratie in Moskau wohl überaus lange Zeit überforderte. Für die Verteilung der Mittel und der Vergabe von Bauaufträgen ist allein das Moskauer Verteidigungsministerium zuständig. Deutschland zahlt in dem Masse, in dem auch tatsächlich gebaut wird. Die entscheidende Tatsache ist, dass in Russland heute sehr wohl viele Kasernen leerstehen, die von den zurückkehrenden Einheiten benutzt werden könnten. Ihre neuen Quartiere aber werden in erster Linie streng nach militärisch-strategischen Gesichtspunkten ausgewählt, selbst wenn dies zu — nach westlichen Wertmassstäben — nahezu unzumutbaren Konsequenzen führt.

In den Verhandlungen wird von russischer Seite immer wieder versucht, ein



Die abziehenden Soldaten erwartet eine ungewisse Zukunft (Foto: Keystone).

Mitte September 1993 waren rund 75 Prozent der einst in der DDR stationierten russischen Soldaten in ihre Heimat zurückgezogen.

Umweltschäden, die die russischen Truppen zurücklassen: 57 Prozent Mineralölkontaminationen des Bodens mit Gefährdungen des Grundwassers; 39 Prozent Abfälle; 4 Prozent Explosivstoffe.

Junktim zwischen dem Abzugstempo und dem Voranschreiten des Wohnungsbauprogramms herzustellen. Nach dem eindeutigen Wortlaut des Vertrags aber gibt es keinen solchen Zusammenhang. Dass in Russland ein gewisser Teil der Mittel sowie auch fertige Wohnungen «nicht bestimmungsgemäss übergeben wurden» — sie wurden «schwarz» verschachert, hiess es im deutschen Fernsehen —, räumt Moskau vereinzelt ein. Sind die neuen Unterkünfte für die Truppe im Einzelfall noch nicht fertig — diese kann von ihren Kasernenbaunormen in der Ex-DDR alle Materialien mit nach Russland nehmen —, muss sie keineswegs selten irgendwo auf der grünen Wiese anfangen. Es gibt russische Offiziere, die bereits den zweiten Winter in Zelten verbracht haben — bei Temperaturen bis zu 40 Grad minus!

Ökologische Zeitbomben

Die von der deutschen Bundesregierung zur Verfügung gestellten Gelder für Umschulungen der russischen Offiziere erwähnte — soweit ersichtlich — bisher Radio Moskau hinsichtlich der Gründung eines Umqualifizierungszentrums für 129 Mio DM sowie Radio Ukraine über drei geplante Umschulungszentren in der Ukraine für fast 23 Mio DM. Viele dieser Kurse erfolgen bereits heute in den neuen Bundesländern.

Über den Zustand der von den abziehenden Russen zurückgelassenen Kasernen vermitteln die deutschen Medien durchweg ein sehr tristes Bild. Selbst die Wohnungen der Offiziere «... erinnern stellenweise an Slums in der Dritten Welt. Die Fassaden sind verkommen, Flure und Treppenhäuser verdreht. Fenster mit Zeitungspapier verklebt. Mülltonnen laufen über, zwischen den Wohnblocks haben sich tiefe Wasserlachen gebildet, weil die Kanalisation nicht funktioniert.»

Ende Mai dieses Jahres ergab ein beim Bonner Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorliegender Zwischenbericht, welcher die Untersuchungsergebnisse von 560 Flächen der insgesamt 1026 Liegenschaften der russischen Streitkräfte widerspiegelt, folgende Schwerpunkte:

«57 Prozent Mineralölkontaminationen des Bodens mit Gefährdungen des Grundwassers. 39 Prozent Metallabfälle (Schrott), Bauschutt und Aschen, Siedlungsabfälle und Abfälle aus der Tierhaltung, Farben, Lösungsmittel, Gummi und dergleichen. 4 Prozent Explosivstoffe. Am stärksten belastet sind Truppenübungsplätze, Flugplätze, Garnisonen und Tanklager. Auf 263 Flächen mussten insgesamt 1048 Sofortmassnahmen zur akuten Gefahrenabwehr eingeleitet werden. Dabei handelt es sich um die

Beseitigung von Boden- und Grundwassergefährdungen, wassergefährdenden Stoffen, die unsachgemäss gelagert wurden, sowie Massnahmen zur Munitionsräumung und -entschärfung...»

In der Übernahme der Umweltschäden durch die deutsche Seite — welche letztlich in der Erkenntnis erfolgte, Russland habe kein Geld, um auch nur einen Bruchteil zu beseitigen — sehen manche Beobachter einen grossen Vorteil: Für die russischen Truppenkommandeure entfalle nunmehr die Versuchung, die Umweltschäden zu verdecken und dadurch noch viel grösseren Schaden anzurichten. Zutreffender erscheint leider die gegenteilige Meinung: Einmal aus der Regresspflicht entlassen, bestände nunmehr die Gefahr, dass sie bei der Beseitigung der militärischen Altlasten noch verantwortungsloser vorgehen. Denn auch in jüngster Zeit wird, wie Bundeswehrgeneral Foertsch einräumen musste, «verschoben, verklappt, vergraben».

Ein Papier des Bonner Bundesministeriums der Verteidigung von Mitte September 1993 vermerkt ergänzend: «Die Behinderung vereinbarter Altlastenuntersuchung und die Zutrittsverweigerung für Kasernen für Mitarbeiter der Umweltämter stellt eine Verletzung geltender Abmachungen dar.» Laut der zitierten Mitteilung des Bundesumweltministeriums belaufen sich «nach ersten Schätzungen» die Gesamtaufwendungen für die Sanierung jener Liegenschaften auf «bis zu 25 Mia DM». Tatsächlich dürften noch gefährliche Überraschungen zum Vorschein kommen, zumal die gesamten Schäden heutzutage nicht überschaubar sind — die bisherigen Untersuchungen «betreffen ausserdem nur oberflächliche Verschmutzungen. Bodenverseuchungen, der wahrscheinlich grössere und komplizierter zu beseitigende Anteil des zurückgelassenen Umweltdesasters, sind noch weithin unerforscht.»

Weitverbreitete Korruption

Dass es innerhalb der Streitkräfte in der früheren DDR Korruption und Verbindungen zu der Mafia gebe, wird von den meisten Moskauer Medien energisch bestritten. Auch von einem grossangelegten Waffenhandel könne nicht die Rede sein; seit 1964 würden lediglich 68 Waffen vermisst. Allerdings hätten sich während des vergangenen Jahres über 100 Militärangehörige wegen Diebstahls, Schiebung sowie wegen Gewinnsucht beim Verkauf zollfreier deutscher Waren vor Gericht verantworten müssen.

Ein Vizepräsident selber erwähnte im Zusammenhang mit den Liegenschaften und Immobilien Russlands in Deutsch-

Ein Offizier — dessen Sold seit 1990 in Deutscher Mark erfolgt — gilt nach einem dreijährigen Aufenthalt in der einstigen DDR in Russland als reich.

land: «Wenn bei deren Verkauf alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, hätten wir jetzt genug, um das Problem (gemeint ist das der Wohnungen für die nach Russland heimkehrenden Soldaten) zu lösen.» In einem Falle sei der Verkaufserlös von 17 Mio DM auf das Konto einer ausländischen Bank überwiesen worden. Ähnlich sehen es die deutschen Zeitungen. Einer Vorlage an Bundesverteidigungsminister Volker Rühle zufolge ist durch illegale Geschäfte von Soldaten der GUS-Streitkräfte in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland ein Schaden von bisher rund 150 Mio DM entstanden; vor allem hätte sich ein blühender Schwarzmarkt mit Lebensmitteln und Benzin aus Armeedepots entwickelt:

«Als Grossabnehmer könne die Armee Lebensmittel preiswert aus EG-Beständen erwerben. Doch auch andere Waren könnten von den jetzt noch rund 200 000 Armeeingehörigen wegen der Steuerbefreiung für ausländische Soldaten preisgünstig eingekauft werden. Lebensmittel und Benzin würden mit einem Zuschlag, der jedoch reguläre Marktpreise unterbietet, unter der Hand verkauft. Schieberringe reichten bis in die höchsten Ränge des russischen Offizierskorps und würden offenkundig von wichtigen Stellen im Moskauer Verteidigungsministerium gedeckt.»

Kein Asyl für Deserteure

Man sollte davon ausgehen, dass ein Offizier — dessen Sold seit jenem Vertrag vom 12.10.90 in Deutscher Mark erfolgt — nach einem dreijährigen Aufenthalt in der einstigen DDR in Russland als reich angesehen werden muss. Nach zutreffenden Angaben der «Westgruppe der sowjetisch-russischen Streitkräfte» (WGT) sind seit der Wiedervereinigung rund 250 Russen in den Westen desertiert; die Behauptung, 13 seien inzwischen freiwillig zurückgekehrt, kann nicht überprüft werden — frühere Verlautbarungen hatten von 35 geflohenen Offizieren gesprochen. Wie es heisst, drohen Verwicklungen mit Moskau, falls die Geflüchteten in Deutschland als Asylbewerber anerkannt würden; tatsächlich ist bisher über keinen einzigen Antrag entschieden.

Ansichts der weiterhin äusserst rüden Disziplin in den Streitkräften kam es wiederholt zu Selbstmorden von Soldaten; 1990 soll ihre Zahl 216 betragen haben, im vorigen Jahr angeblich sogar rund 1000. Illegale Widerstandsgruppen innerhalb der WGT bildeten sich im Frühjahr 1989 unter den Bezeichnungen «Bund der Offiziere für Demokratie und Humanismus» sowie «Bund der Offiziere der Ukraine» im Frühjahr 1991. Mehrere bekanntgewordene Flugblätter kri-

tisierten die nach ihrer Ansicht ungenügenden demokratischen Reformen in der Armee.

Seit Herbst 1992 indes scheint es in dieser Hinsicht völlig ruhig geworden zu sein; die Ursache hierfür ist wahrscheinlich in der Tatsache zu sehen, dass «unbequeme» Soldaten und Offiziere sofort nach Russland zurückversetzt werden. Zahlreiche Angehörige der Westgruppe haben Zukunftsangst und unsichere berufliche Perspektiven. Bei ihnen «überzeugt das Bestreben, so lange wie möglich in den neuen Bundesländern zu verbleiben, um sich auf diesem Wege ein finanzielles Polster für das zukünftige Leben in der Heimat zulegen zu können».

In jüngster Zeit beklagt die WGT-Armeeführung, es gebe immer mehr kriminelle Anschläge auf ihre Streitkräfte; vereinzelt wird eingeräumt, die Täter stammten auch aus Russland, der Ukraine und dem Transkaukasus. Während des vergangenen Jahres seien 50 Personen, von denen neun ums Leben gekommen seien, Opfer von Rechtsextremisten geworden. Ende März 1993 registrierte das Oberkommando in Wünsdorf weitere 44 Übergriffe; bis Ende August sollen es bereits 700, nach anderer Behauptung sogar 919 gewesen sein. Über Mordanschläge russischer Soldaten auf Deutsche, die sich dann auch vor deutschen Strafgerichten zu verantworten hatten, berichten die russischen Medien — soweit ersichtlich — nichts.

F. W. Schlomann

Zahlreiche Angehörige der Westgruppe haben Zukunftsangst und unsichere berufliche Perspektiven. Bei ihnen «überzeugt das Bestreben, so lange wie möglich in den neuen Bundesländern zu verbleiben».